



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössische Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Delegierter des Chefs VBS für Air2030
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Mai 2018 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums Stellung zu nehmen.

Die aktuellen Mittel zum Schutz des Luftraums sind veraltet bzw. werden in den kommenden Jahren veraltet sein. Werden diese nicht im vorgeschlagenen Zeitraum ersetzt, steht die Schweiz in absehbarer Zeit ohne Luftverteidigung da. Der zur Diskussion stehende Planungsbeschluss ist demnach von grundlegender staats- und sicherheitspolitischer Bedeutung.

Der Bundesrat hat entschieden, den Planungsbeschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Der Regierungsrat begrüsst das gewählte Vorgehen. Es ist richtig, dass nach dem Nein der Schweizer Bevölkerung zum Grippen, die demokratischen Rechte des Volks in dieser umstrittenen Diskussion gewahrt bleiben.

Auch in inhaltlicher Hinsicht ist der Regierungsrat mit dem Entwurf und den darin enthaltenen drei Artikeln einverstanden. Damit kommt der Bundesrat seinem verfassungsmässigen Auftrag zur Sicherheit unseres Lands nach. Der Planungsbeschluss selbst enthält das Kostendach von 8 Mrd. Franken, äussert sich jedoch weder zur Frage des Flugzeugtyps, zu den geforderten Fähigkeiten noch zur An-

zahl. Der erläuternde Bericht kommt jedoch der gewünschten Transparenz nach, was der Regierungsrat ausdrücklich begrüsst.

Der Bundesrat will den Zahlungsrahmen der Armee in den kommenden Jahren kontinuierlich erhöhen und der Armee insgesamt eine Wachstumsrate in der Grössenordnung von real 1,4 Prozent pro Jahr einräumen. Damit will er der Armee für Beschaffungen durch Rüstungsprogramme bis ins Jahr 2032 15 Mrd. Franken, statt den bisher üblichen 10 Mrd. Franken, zur Verfügung stellen.

Dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, dass trotz den grossen Mehrausgaben für die Rüstungsprogramme das Budget-Gleichgewicht für Bund und Kantone weiterhin gewährleistet ist.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 11. September 2018



Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann Der Kanzleidirektor

Roger Nager

Roman Balli